

THUN SITZUNG DES STADTRATS

Erst viele Emotionen, dann ein klares Ja

Die Stadt kann das Projekt für die Sanierung der Kunsteisbahn weiterverfolgen: Nach langem Schlagabtausch sagte der Stadtrat gestern mit 23 zu 13 Stimmen bei einer Enthaltung Ja zu einem 374 000-Franken-Kredit – und damit auch zum Standort Grabengut.

Showdown im Sportzentrum Grabengut am Mittwoch auf dem Eis: Der EHC Thun verliert sein Cupspiel gegen das höherklassige Olten trotz engagierter Leistung 3:6. Showdown um das Sportzentrum Grabengut nicht einmal 24 Stunden später neben dem Eis: Der Stadtrat debattiert im Rathaus über die Zukunft der Kunsteisbahn. Drei Varianten für eine Sanierung der Anlage hat der Gemeinderat in petto (wir berichteten). Er bevorzugt Variante 1, bei der das Hauptgebäude zu einer geschlossenen Halle wird, wobei das bestehende Dach erhalten bleibt – Kostenpunkt 21 Millionen Franken. Aufgrund eines entsprechenden Vorstosses wurde auch noch eine Minimalvariante errechnet, bei der mehr oder weniger der Status quo erhalten bleibt – Kostenpunkt 3,6 Millionen. An diesem Abend geht es vordergründig um viel weniger Geld: nämlich um 374 000 Franken für die weitere Projektierung der Variante 1. Aber eigentlich geht es doch um viel mehr. Nämlich um die Grundsatzfrage, ob der Standort Grabengut für die Eisbahn der richtige ist.

Eindrückliche Kulisse

Wie auf dem Eis beim EHC Thun ist das Engagement der Beteiligten gross – und dies vor eindrücklicher Zuschauerkulisse: Viele sind im Hockeyshirt oder im Eiskunstläuferinnen-Kostüm erschienen. Sie hören, wie sich gleich zwei Gemeinderäte ins



Die Kunsteisbahn Grabengut: Der Gemeinderat kann die Sanierung der Anlage weiterplanen.

Foto: Patric Spahni

Zeug legen. «Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um Variante 1 zu verfolgen», betont Sportvorsteher Roman Gimmel (SVP). Alle anderen Varianten wären im Endeffekt teurer, führt er aus. Und er verspricht bei einem Ja: «Aus dem hässlichen Patchworkareal wird endlich ein aufgeräumtes Eissportzentrum.» Bauvorsteher Konrad Hädener (CVP) verweist nochmals auf die Kosten, die für einen Neubau – etwa in Thun-Süd – anfallen würden, laut Berechnung einer spezialisierten Firma rund 45 Millionen. Zur Möglich-

keit eines Sportclusters mit mehreren Sportstätten in Thun-Süd sagt er: «Aus unserer Sicht steht und fällt diese Vision nicht mit dem heutigen Entscheid.»

Viele «Spatzenprojekte»

Das sehen im Stadtrat nicht alle so: «Der Sportcluster würde nicht mehr realisiert», ist Mark van Wijk (FDP) überzeugt. Er nimmt das Sprichwort «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach» auf und findet: «Die Projektlandschaft in Thun ist gepflastert mit Spatzenprojekten.» Wenn

Thun weitergebracht werden sollte, müsse zwischendurch etwas Grosses angepackt werden. Ähnlich äussert sich Philipp Deriaz (SVP): «Machen wir etwas Mutiges für Thun!» Zumal sich die Stadt am Standort Grabengut mit der Sanierung der Eisbahn «praktisch alles verbaut», obwohl dort eine grosse Wertschöpfung möglich wäre. «Wir verfügen nicht über alle Entscheidungsgrundlagen», sagt Deriaz' Parteikollege Reto Schertenleib mit Verweis auf ein noch hängiges Postulat mit Fragen zum Sportcluster Thun-

Süd. Deshalb stellt die SVP einen Rückweisungsantrag.

«Spatz ist, was wir brauchen»

Ausser bei der FDP stösst die SVP damit auf wenig Gegenliebe. Thomas Hiltbold (Grüne) nimmt die Stadt am Standort Grabengut mit der Sanierung der Eisbahn «praktisch alles verbaut», obwohl dort eine grosse Wertschöpfung möglich wäre. «Wir verfügen nicht über alle Entscheidungsgrundlagen», sagt Deriaz' Parteikollege Reto Schertenleib mit Verweis auf ein noch hängiges Postulat mit Fragen zum Sportcluster Thun-

– betont aber: «Die Standortfrage ist gelaufen.» Was auch Simon Werren (BDP) so sieht: «Ein Neubau wäre eine Option, doch der Zeitpunkt, um diese Frage zu stellen, ist nicht mehr der richtige.» Für Franz Schori (SP) bleibt der Sportcluster als Ziel bestehen, wobei es «noch einige Projekte gibt, die besser geeignet sind». Zudem gehe es auch um die Attraktivität der Innenstadt, die durch die Kunsteisbahn gestärkt werde. Jonas Baumann (Fraktion der Mitte) sieht «keinen Weg, dass in Thun-Süd irgendwann mal ein Eissportzentrum realisiert werden kann». Und auch bei der SVP sind die Reihen nicht geschlossen: Zwei Vertreter scheeren aus. Neu-SVP-Mitglied Peter Aegerter ist einer von ihnen, fordert aber Regierung und Verwaltung auf, darauf hinzuwirken, dass Variante 1 am Ende eher 17 oder 18 als 21 Millionen kostet.

Letzte Standortdiskussion?

Beinahe zwei Stunden lang wurde die Diskussion hin und her, bis Roman Gimmel den finalen Wunsch äussert, «dass wir zum letzten Mal über den Standort diskutiert haben». Schliesslich wird der Rückweisungsantrag der SVP mit 23 zu 13 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt und der Kredit mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen. Die Freude bei den Eissportlern im Saal ist gross. Bis 2020 soll nun die Überbauungsplanung ausgearbeitet und die Projektierung durchgeführt werden. Ob über den Baukredit der Stadtrat oder das Stimmvolk befinden wird, ist noch nicht klar. Im Idealfall sollen die grossen und kleinen Eissportler aber in der Saison 2022/2023 im sanierten Eissportzentrum einlaufen können. Michael Gurtner

Einstimmig für 5 statt 3 Jahre und weiter 150 000 Franken pro Jahr

Beste Werbung und Wertschöpfung für die Region: Der Stadtrat winkte die 150 000 Franken pro Jahr für die Thunerseespiele AG – 1,5 Prozent der Gesamtsumme für eine Produktion – einstimmig durch. Die Dauer des Leistungsvertrages von 3 auf 5 Jahre zu erhöhen, begrüsste der Rat ebenfalls.

«Dass die Unterstützung der Musicals derart eindeutig und einstimmig über die Bühne gegangen ist, freut uns sehr», sagt Markus Dinobl, als er mit Michel Weber aus dem Rathaus tritt. Das Duo stellt für das Freddy Burger Management (FBM) als künftige Besitzerin der Thunerseespiele AG die neue Geschäftsleitung in Thun (wir berichteten) und hat

soeben die Debatte im Ratssaal verfolgt. «Dieses Vertrauen gibt uns ein motivierendes Gefühl.» Zudem dürfe durchaus erwähnt werden, dass das Ja des Stadtrats keine einseitige Verpflichtung sei, sondern eine gegenseitige. «FBM bekennt sich zum Musicalstandort Thun», sagt Weber.

Die beiden Männer teilen die Neugier sofort ihrem Team mit.

«Das Stadtrat-Ja ist auch eine Anerkennung für unsere Arbeit», sagt Markus Dinobl. «Wichtig zu erwähnen ist vielleicht noch, dass der gesprochene Betrag von 150 000 Franken circa 1,5 Prozent der Gesamtaufwände für eine Produktion entspricht.»

Grosse Wertschöpfung

Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) setzte sich zuvor mit mehreren Argumenten für einen erneuten Leistungsvertrag ein. «Seit 15 Jahren schreiben die Seespiele Erfolgsgeschichte und sind eine hervorragende Werbung für

unsere Region.» Die Gegenleistung für die Investition sei mehr als abgegolten. Von der Sachkommission über alle Parteien hinweg stiess er offene Türen ein. «Bei dieser Vorlage für die Kultur sind wir uns alle einig», sagte Martin Allemann (SP). Und Stadträtin Daniela Huber (BDP) fand: «Unsere Thunerseespiele gehören zu den wichtigsten Kulturvertretern in der Schweiz.»

Thomas Hiltbold (Grüne) lobte die 15-jährige Verbindung zwischen Stadt und Musicalmachern: «Wie ihr wisst, bin ich auch Scheidungsrichter und kann sagen,

dass nach dieser Zeit von einer Art mittleren Ehedauer gesprochen werden darf – und diese hier basiert auf einem fairen Geben und Nehmen.» Auch die SVP war des Lobes voll: «Festgelegte Leistungen helfen allen», sagte Eveline Salzmann, «und Thun hat mit den Thunerseespielen eine ideale Plattform für viele Werber.»

Ab 2020 bis 2024

Sowohl die Planungssicherheit wie auch die Wertschöpfung für die Region waren nebst der professionellen kulturellen Qualität die Hauptargumente für das ein-

stimmige Ja. Laut einer 2009 veröffentlichten Wertschöpfungsstudie generieren die Seespiele einen jährlichen Mehrwert von über 20 Millionen Franken in der Region Bern-Mittelland (wir berichteten). Der neue Leistungsvertrag dauert von 2020 bis 2024, also neu 5 statt wie bisher 3 Jahre. Die Stadt subventioniert die Musicalmacher in unverändertem Umfang von jährlich 150 000 Franken. Diese Summe setzt sich aus einem Barbetrag von 90 000 Franken und aus Dienstleistungen im Wert von 60 000 Franken zusammen. Franziska Streun

Parkplatz-Aufhebung: Der Statthalter verlängert die Frist

THUN Gegen die Aufhebung von Parkplätzen in der Innenstadt sind mehrere Beschwerden hängig. Nun erhält die Stadt mehr Zeit für ihren Entscheid zu einer Kompromisslösung: Statthalter Marc Fritschi hat die Frist bis Ende Jahr verlängert.

Heute wäre Stichtag. Im April entschied Regierungstatthalter Marc Fritschi, dass die 60 Beschwerden gegen die Aufhebung von oberirdischen Parkplätzen in der Thuner Innenstadt aufschiebende Wirkung haben – und er gewährte der Stadtregierung Zeit bis zum 21. September, um mit den Betroffenen und den politischen Kräften einen Kompromiss zu suchen. Es geht um 240 Parkplätze, wobei die Aufhebung Teil einer Vereinbarung zwischen Ge-

meinderat, VCS und Innenstadtgenossenschaft aus dem Jahr 2012 ist. Heute wäre also Stichtag – doch nun hat der Statthalter die Frist auf Antrag der Stadt bis Ende Jahr verlängert. «Die Beschwerden haben aufschiebende Wirkung. Das bedeutet, dass während des Beschwerdeverfahrens die Parkplätze weiter benützt werden können, soweit sie nicht durch Baustellen belegt sind», schreibt Marc Fritschi in einer gestern verschickten Medienmitteilung.

Und: Sollte keine einvernehmliche Lösung gefunden werden, müsse der Regierungstatthalter zu einem späteren Zeitpunkt prüfen, ob die Aufhebung der betroffenen Parkplätze rechtmässig sei.

«Es geht um das ganze Paket»

Laut dem Thuner Bauvorsteher Konrad Hädener (CVP) war es stets der Wunsch der Stadtregierung, dass das Beschwerdeverfahren bis Ende Jahr ruht: «Wir wussten, dass es eng wird.» Zwar erklärte Hädener schon an der Stadtratssitzung vom 23. August, dass die Begleitgruppe eine Lösung erarbeitet habe und sich bei den Fragen, welche Parkplätze

«Es geht um das ganze Massnahmenpaket als Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat.»

Bauvorsteher Konrad Hädener

aufgehoben werden sollen und welches Verkehrsregime gelten soll, einzig sei – einziger offener Punkt sind die Anlieferzeiten. Verhandlungen laufen keine mehr. Doch der Gemeinderatsentscheid zum offenen Punkt sei nur ein Element: «Es geht um das ganze Massnahmenpaket als Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat», führt Konrad Hädener aus. Enthalten seien etwa die Verfügungen und die Kommunikation mit entsprechenden Grafiken, damit verständlich ist, was künftig gilt. «Der Aufwand zur Vorbereitung des Geschäfts ist gross.» Allerdings soll der Gemeinderat nicht erst Ende Jahr

entscheiden. Und: «Wir beabsichtigen, Massnahmen bereits in Angriff zu nehmen und etwa frühere Verfügungen vor Ablauf der Frist anzupassen oder neue zu erlassen.» Diese Verfügungen zur Aufhebung der Parkplätze und den weiteren Massnahmen werden wieder mit einer Beschwerde angefochten werden können. Hädener weist aber darauf hin, dass die ursprünglichen Beschwerdeführer, die in der Begleitgruppe gut vertreten seien, ihre Beschwerde wohl zurückziehen würden, wenn die gefundene Lösung umgesetzt werden könne. Gross im Verzug sieht Hädener die Stadt nicht.

Michael Gurtner